

INSTITUT FÜR GESCHICHTE
UNIVERSITÄT WIEN

A-1010 Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1
Telefon 40103/2280 DW
Fax 40 60 410

Herrn

Bundesminister Dr. Rudolf Scholten
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Minoritenpl. 5
1010 Wien

Wien, 3.3.1996

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
durch die Hochschulpolitischen Informationen der Bundessektion der Hochschullehrer habe ich nähere Informationen über die "Budgetbegleitungsmaßnahmen im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kunst" erhalten. Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens möchte ich zu diesen Stellung nehmen.

Die Maßnahmen stellen tiefe Eingriffe in Forschung und Lehre dar. Manche von ihnen halte ich für grundsätzlich wünschenswert, so die Lehrverpflichtung für den Mittelbau, oder die Eingriffe in die Prüfungsentgelte. Das rasch erstellte Maßnahmenpaket läßt jedoch keine Zeit, um wirkliche Reformen zu planen und durchzuführen. Vielmehr sind Einbrüche im wissenschaftlichen Standard zu befürchten.

Eine Lehrverpflichtung für den universitären Mittelbau ist international üblich. Ehe über die Höhe dieser Verpflichtung jedoch entschieden wird bzw. ehe finanzielle Verlockungen zur Übernahme einer hohen Stundenanzahl formuliert werden, sollte m.E. über den hiermit verbundenen Arbeitsaufwand diskutiert werden. Für den Bereich der Geisteswissenschaften läßt sich sagen, daß die Vorbereitung einer neuen Vorlesung mindestens zwei Tage in der Woche in Anspruch nimmt. Wenn Seminare und andere Lehrveranstaltungen nicht ständig wiederholt werden sollen, muß für ihre Vorbereitung ebenfalls ein Tag einkalkuliert werden. In diese Zahlen sind Betreuung und Prüfungen nicht inkludiert. Aus diesen Gründen haben auch keineswegs alle europäischen Länder eine achtstündige Lehrverpflichtung für HochschullehrerInnen. Das gilt zwar für die Schweiz und Deutschland, nicht aber z.B. für Italien- hier wird drei Stunden in der Woche gelehrt- oder Frankreich. Eine Lehrverpflichtung von sechs Stunden für nichthabilitierte Assistenten würde demnach das Verfassen einer Habilitation sehr erschweren, wenn nicht verhindern. Eine vierstündige Lehrverpflichtung hingegen würde eine eigene Forschung des Mittelbaus weiterhin ermöglichen. Eine Gehaltserhöhung wäre für den Wegfall der Lehraufträge wohl nötig, Einsparungen könnte es hierbei trotzdem geben. Das aber betrifft schon das Dienstrecht.

Die wichtigste Funktion der Lehraufträge ist m.E., alternative Forschungsansätze von "Außen" an die Universitäten zu bringen. Dazu kommt, daß viele junge WissenschaftlerInnen gar keinen

anderen Zugang zur Universität haben als jenen über Lehraufträge. Die Lehraufträge sind die wichtigste Kommunikation der Universität mit der außeruniversitären Forschung. Die geplante Kürzung der Remuneration würde einerseits den Anreiz zur Übernahme von Lehraufträgen mindern. Andererseits ist es eine soziale Tatsache, daß für viele WissenschaftlerInnen die Kombination von Lehrauftrag und Projektarbeit die finanzielle Basis ihrer freien wissenschaftlichen Tätigkeit darstellt. Ich halte diese Konstellation nicht für ungünstig, zumal um 2000 personelle Veränderungen an österreichischen Universitäten zu erwarten sind, NachwuchswissenschaftlerInnen daher auch gute Chancen für eine universitäre Karriere haben.

Ein Szenario vor Augen, in dem die Universitätsangehörigen Lehrmaschinen sind, die Forschung an der Universität keinen Platz mehr hat, das internationale Image Österreichs demgemäß sinkt, appelliere ich an Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, übereilte Maßnahmen zu verhindern, die diese Entwicklungen zur Folge haben könnten.

Mit vielen Grüßen

Edith Saurer

Univ. Prof. Dr. Edith Saurer